

# „In Prag ist Pariser Kommune“

Der „Prager Frühling“ vor fünfzig Jahren und seine Folgen

## STEFAN KARNER

Historiker, Vorstand des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Universität Graz, Leiter des Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz – Wien – Raabs, gab 2008 das zweibändige Werk zum Prager Frühling (Böhlau) heraus. Übersetzungen erschienen bei Harvard (englisch) und in Moskau (russisch).

Vor fünfzig Jahren hatte sich die Tschechoslowakei für einen Frühling lang ins freie Europa zurückgemeldet. Das Experiment wurde bekanntlich mit Panzern niedergewalzt. Doch die Ideen des „Prager

Frühlings“ lebten weiter. Zwanzig Jahre später konnte und wollte Michail Gorbatschow nicht mehr verhindern, was in Prag vorgedacht worden war und was nun in Danzig oder Leipzig geschah, was die Berliner Mauer und den „Ostblock“ auch von innen zum Einsturz brachte: die Freiheit des Wortes.<sup>1</sup>

Am Dienstag, 20. August 1968, um kurz vor 22.00 Uhr endete der Aufbruch, wie wir heute wissen, mit Gewalt: Die Invasion von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei hatte begonnen. „Wir kommen, um Euch brüderliche Hilfe zu erweisen“, denn „mit der Abwehr

der Konterrevolution darf keine Minute gezögert werden“, hieß es in einem Aufruf. Wut und Ohnmacht schlugen den Besatzern entgegen. Mit bloßen Händen trommelten Tschechen und Slowaken gegen die Panzer der Sowjets, Bulgaren, Polen und Ungarn. Die DDR durfte nicht mit einmarschieren. Dreißig Jahre nach Hitlers Einmarsch wollten die Moskau ergebenen Kräfte keine deutschen Truppen in Prag sehen.

Was war geschehen? Was trieb die kommunistischen Regime zum Äußersten? In der Tschechoslowakei (ČSSR) regierte Antonín Novotný, seit 1953 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) und seit 1957 zugleich Staatspräsident. Er hatte nicht nur sein Land durch vorsichtige Wirtschaftsreformen in die erste Liga des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) gebracht und einen „Spalt“ für Liberalisierung und Meinungsfreiheit geöffnet, sondern 1964 bereits der Absetzung Nikita Chruschtschows durch Leonid Breschnew kritisch gegenübergestanden. Letzteres hatte ihm Breschnew übel genommen. Als sich in der ČSSR 1967 Unzufriedenheit und Unruhe breitmachten, formuliert unter anderem von Intellektuellen wie Václav Havel und Pavel Kohout, setzte ihn Breschnew ab und hievte am 5. Januar 1968 seinen Freund aus Moskauer Tagen, Alexander Dubček, auf den Sessel des Parteichefs.

Dieser Wechsel markiert den eigentlichen Beginn des „Prager Frühlings“, einer zunächst von der Parteispitze verordneten Reform des sozialistischen Gesellschaftsmodells, die sich bald verselbstständigte: Studenten, Journalisten, Leute um Dubček, wie Josef Smrkovský, der Ökonom Ota Šik, der Chef des Schriftsteller-

verbandes Eduard Goldstücker und Jiří Pelikán, der Fernseh-Direktor. Und natürlich Dubček selbst, der seine Vision eines „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“ verwirklichen wollte – auch als Überlebenschance für die kommunistischen Regime.

## **FURCHT VOR DER „KONTERREVOLUTION“**

Der Kreml beschränkte sich zunächst darauf, die Lage in der ČSSR als schwierig und widersprüchlich zu bezeichnen. Erst nach Lockerung der Zensur und Absetzung vieler Funktionäre der Kommunistischen Partei begannen Teile der Moskauer Führung, „besorgt“ zu reagieren. Das prognostizierte Horrorszenario: Ohne Gegenmaßnahmen drohe in der ČSSR der Kapitalismus und damit die Spaltung des Warschauer Paktes.

Die von oben angestoßenen Reformen spornten rasch breite Bevölkerungsschichten an und verselbstständigten sich. Dubček stand allerdings von zwei Seiten unter Druck: von den Hardlinern des Kremls und den Chefs der Kommunistischen Partei (KP) Deutschlands, Walter Ulbricht, und der KP Polens, Władysław Gomułka, sowie von den orthodoxen Kräften in der Tschechoslowakei selbst.

In dieser Situation lud Breschnew die KP-Chefs der „Bruderstaaten“ nach Dresden – offiziell, um die Wirtschaftsentwicklung im COMECON zu besprechen; in Wahrheit ging es jedoch um erste Einmarschpläne. „Keine Protokolle, keine Stenogramme“, das Gespräch war hart. Einer der Hardliner: DDR-Chef Walter Ulbricht.

Die Vorwürfe aus Dresden wurde Dubček nicht mehr los: Verleumdung der KP und der Sowjetunion, Attacken gegen die Armee, die Regierung und verdiente Kommunisten, Weg zu einem „tschechischen Sozialismus“: „kleinbürgerlich, revisionistisch, nationalistisch“, Hinwendung zum Westen, Medien ohne Zensur. Dennoch ließ Breschnew seinen Mann in Prag, Dubček, nicht fallen. Noch nicht. Denn: Dubček sollte für die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KSČ) ihr Machtmonopol behaupten und die „Konterrevolution“ aus eigener Kraft niederschlagen. Diese Leitlinie galt bis zum Einmarsch.

Wenige Tage nach den Gesprächen in Dresden, am 5. April 1968, folgte das entscheidende KSČ-Plenum mit einem „Aktionsprogramm“, das in den KP-Zentralen der sozialistischen Staaten alle Alarmglocken schrillen ließ: Verzicht der KSČ auf ihr Machtmonopol, teilweise Privatisierung der Wirtschaft, keine politischen Direktiven für die Wirtschaft, Grund- und Freiheitsrechte, Aufhebung der Zensur, Ausbau der Minderheitenrechte, politische Rehabilitierung und Wiedergutmachung sowie föderale Regelung des Verhältnisses zwischen Tschechen und Slowaken.

Konsequent resultierte aus diesem KSČ-Plenum eine neue Führung, die wiederum fünfzehn der neunzehn neuen Minister in die Regierung unter Oldřich Černík entsandte. Die Reaktion aus Moskau folgte auf dem Fuße. Breschnew: „Wir werden die Tschechoslowakei nicht aufgeben!“ Doch die Tschechoslowakei hatte sich nach zwanzig Jahren stalinistischer Herrschaft wieder nach Europa zurückgemeldet: Presse- und Reisefreiheit, Grenzöffnungen zu Österreich und Westdeutschland, Privatisierungen und neue

Leute in der Regierung wie Černík, Smrkovský, Zdeněk Mlynář oder Ludvík Svoboda. Vereine wurden gegründet, die bürgerlichen Grundfreiheiten gelebt, die Sozialdemokratie (wieder)begründet, Regisseure wie Miloš Forman, Wissenschaftler und Schriftsteller erlangten Kultstatus. Die Katholische Kirche blühte auf, die Slowaken hatten Hoffnung auf nationale Selbstständigkeit in einer neuen Föderation.

## „IN UNGARN FING ES AUCH SO AN“

Selbst der bulgarische Parteichef Todor Schiwkow spürte den neuen Schwung, als er Ende April in Prag mit Dubček zusammentraf, und warnte: „Dubček ist ein Revisionist!“ Für Ulbricht war Dubček ohnehin bereits ein hoffnungsloser Fall, ebenso für Gomułka. Anders János Kádár und Josip Broz Tito in Belgrad, die den Kurs in Prag bis zuletzt zumindest freundlich kommentierten. Parallelen zu Ungarn 1956 zog in Moskau KGB-Chef Juri Andropow: „In Ungarn fing es auch so an.“ Doch noch präferierte Breschnew eine politische Lösung, keine militärische.

Als Folge der aufgehobenen Zensur und der Gewährung persönlicher Freiheiten steigerten sich die Rufe nach weitergehenden und beschleunigten Reformen. Die Kulturzeitschrift *Literární listy* des Schriftstellerverbandes um Eduard Goldstücker avancierte zur Plattform der Demokratisierung. Goldstücker, der bereits im Februar Dubčeks Bekenntnis zum Recht auf freie Meinungsäußerung in einem TV-Interview ausgetestet hatte, in dem er offen Novotný kritisierte, sprach

nun öffentlich über gefälschte Beweise im Rahmen der kommunistischen Säuberungswellen. In der Presse, in Radio und Fernsehen kam es zu freien Diskussionen zwischen Studenten und jungen Arbeitern mit Goldstücker, Kohout und anderen Intellektuellen. Neue Vereine (wie etwa der „Klub engagierter Parteiloser“, KAN) wurden zum Sammelbecken parteiunabhängiger Reformer. Dadurch verlagerte sich der politische Dialog vermehrt in den öffentlichen Raum. Doch die KSČ konnte nicht weiter nachgeben, wollte sie nicht eine sofortige militärische Antwort aus Moskau provozieren. Dubček agierte wie ein Lokführer zweier Züge: eines „Volks-express“ und eines langsamen Partei-Frachtzuges. Beide Züge waren zu koordinieren und auf den Moskauer Generalplan abzustimmen. Eine unlösbare Aufgabe.

Der „Prager Frühling“ kulminierte am 27. Juni 1968 mit dem „Manifest der 2000 Worte“. Verfasst von dem Schriftsteller Ludvík Vaculík und unterzeichnet von 67 prominenten tschechoslowakischen Intellektuellen, rechnete das Manifest mit der KP-Herrschaft ab und war Ausdruck eines zunehmenden Freiheitsverlangens der Bevölkerung. Für den Kreml war es ein direkter Aufruf zur Konterrevolution und zu einer militärischen Intervention. Sie war de facto beschlossen.

Trotzdem kam es am 29. Juli überraschend zu einem bilateralen Treffen im ostslowakischen Čierna nad Tisou, um die weiteren Schritte, vor allem nach einem Einmarsch, zu beschließen. Wider Erwarten hatte man jedoch „eine Übereinkunft“ erzielt. Dubček hatte sich gefügt und zugesagt, Reformexponenten zu entlassen, die Medien zu „beherrschen“, die Klubs „aufzulösen“ und die „Arbeit der Sozialdemokratischen Partei zu unter-

binden“. Gleichzeitig setzte der jugoslawische Staatschef Tito im August mit seinem Besuch in der Tschechoslowakei ein Zeichen der Unterstützung. Begeistert wurde er von der Bevölkerung empfangen. Auch Rumäniens Staatschef Nicolae Ceaușescu besuchte Dubček in Prag.

Ein kleiner Zeitgewinn, nicht mehr. Denn bald übergab Vasil' Biľak den Sowjets einen „Einladungsbrief der gesunden Kräfte“ der KSČ und bat um eine „kollektive Hilfsaktion“. Zwei hitzige Telefonate Breschnews mit Dubček änderten nichts mehr. Die letzte Entscheidung zur Intervention traf das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) am 17. August einstimmig.

## „OPERATION DONAU“

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 begann die „Operation Donau“, die Besetzung des Landes. Die Prager Führung um Dubček wurde verhaftet und per Flugzeug nach Moskau gebracht. Als ihm Breschnew anbot, gemeinsam „eine annehmbare Lösung“ zu suchen, wusste Dubček, dass man aus ihm keinen Märtyrer machen, sondern ihn benutzen würde. Dubček sollte dem Kreml eine Exit-Strategie ermöglichen. Das Moskauer Protokoll kam einem Diktat gleich: Zurücknahme aller Reformen und Personalentscheide des Parteitags, Verbleib der Sowjettruppen bis zur „Normalisierung“.

Abgesehen von der bald so bezeichneten „Breschnew-Doktrin“, die fortan die Souveränität jedes einzelnen sozialistischen Staates beschnitt, erfasste eine Welle des Protestes die Tschechoslowakei,

die gesamte freie Welt und zahlreiche kommunistische Parteien in Westeuropa. Desillusioniert vom Vorgehen Moskaus, verurteilten die kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich den sowjetischen Einmarsch, was auch Ausdruck einer zunehmenden Distanz zum Krenl war und der Entstehung des Eurokommunismus Vorschub leistete. Auch in der Bundesrepublik Deutschland war die Anteilnahme groß. Die deutsche Öffentlichkeit hatte den Reformprozess mit Wohlwollen begleitet, die Außerparlamentarische Opposition (APO) verband damit die Hoffnung auf einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

In der DDR brachte der „Prager Frühling“ einen Sommer unbeschwerterer Freiheiten – im Rahmen des verknöcherten SED-Systems. Seine Niederschlagung führte zu Protesten besonders von jungen Menschen. Künstler brachen ihr Schweigen: „In Prag ist Pariser Kommune. Sie lebt noch!“, dichtete Wolf Biermann. Die Ideale der Reformbewegung in der ČSSR blieben lebendig und wurden zu einer der wesentlichen Quellen der Demokratiebewegung der 1980er-Jahre in der DDR.

Selbst auf den Roten Platz in Moskau schwappte der Protest über. Während am 25. August 1968 die Uhr vom Spasski-Turm zwölf schlug, enthüllten acht Demonstranten auf dem Roten Platz mitgebrachte Transparente und hissten die tschechoslowakische Fahne. Man verhaftete sie sofort. Doch die Dissidentenbewegung in der Sowjetunion war geboren. Wenige Jahre später unterzeichnete die Sowjetunion die Helsinki-Akte für Menschenrechte, ein wesentlicher Baustein ihres späteren Untergangs.

Bis zum ersten Schimmer der Freiheit dauerte es noch zwanzig Jahre. Einer der

Demonstranten von damals, Leonid Petrovskij, erinnerte sich an die Aktion auf dem Roten Platz als ersten Höhepunkt für die Dissidenten: „Der ‚Prager Frühling‘ war unsere Hoffnung. Dubček war ein Licht für uns. Mit großem Genuss hörten wir seine Reden. Wir lebten davon.“

Am 29. August teilte Dubček seinen Landsleuten über das Radio das Diktat Moskaus mit. Er, Černík und Smrkovský blieben vorerst im Amt und wurden kalt benutzt. Andere konnten untertauchen, flohen oder wurden verhaftet. Im Zuge des Einmarsches und im zivilen Widerstand starben rund 500 Menschen.

## **FRAGWÜRDIGE „NORMALISIERUNG“**

Die von Moskau diktierte „normalizacija“ im Lande war so schnell nicht herzustellen, trotz des Moskauer Diktats, der beginnenden Repressionen, Verhaftungen und der wieder eingeführten Zensur. Zu sehr hatten Tschechen und Slowaken die westlichen Freiheiten schätzen gelernt.

Drohend kabelte Moskau nach Prag: Das Moskauer Protokoll ist ohne Abweichungen zu erfüllen! Langsam wurde im Herbst 1968 der slowakische KP-Chef Gustáv Husák an die Spitze geschoben, ein Mann, dem Breschnew ein Jahr zuvor noch misstrauisch gegenübergestanden hatte. Nunmehr schien Husák geeignet und biegsam genug.

Zum großen Ventil der Enttäuschung und des aufgestauten Hasses geriet die Eishockey-Weltmeisterschaft in Schweden. In regelrechten Schlachten siegte die ČSSR Ende März 1969 zweimal über die Sowjetunion. Auf dem Eis hatte man

Waffengleichheit. Und hier hatte man gesiegt! Die Begeisterungstürme arteten in antisowjetische Demonstrationen aus. Den „Krieg“ auf dem Eis nahm Breschnew zum Anlass und ersetzte am 17. April 1969 Dubček durch Husák. Die folgende „normalizacija“ bedeutete die Rückkehr zu den Zuständen vor dem „Prager Frühling“.

Viele Dissidenten, denen die Flucht ins westliche Ausland gelungen war, setzten sich weiterhin für Menschenrechte und die Freiheit politischer Gefangener ein. In der Tschechoslowakei war dem Widerstand – auch durch groß angelegte Säuberungen innerhalb der KP – der Wind aus den Segeln genommen. „Friedhofsruhe“ trat ein. Nur einzelne Verzweiflungstaten wie die Selbstverbrennung Jan Palachs am 16. Januar 1969 belegten den Schock der auf die Freiheitshoffnungen folgenden Unterdrückung. Es sollte fast zehn Jahre dauern, bis sich beispielsweise mit der „Charta 77“ der Widerstand erneut formierte. Die Bürgerrechtsbewegung aus Künstlern und Intellektuellen (darunter auch Václav Havel) veröffentlichte im Januar 1977 eine Erklärung in verschiedenen europäischen Zeitungen, die die Verweigerung der bürgerlichen

Freiheits- und Grundrechte in der Tschechoslowakei anprangert. Darin lag wohl das entscheidende Erbe des Prager Frühlings: eine in der Bevölkerung verankerte Bewegung, die nach Freiheit und Demokratie strebt.

Prag 1968 war der Anfang vom Ende des „Ostblocks“. Es dauerte freilich noch zwanzig Jahre, bis Gorbatschow, der gemeinsam mit dem Prager Reformier Zdeněk Mlynář studiert hatte, in der Perestrojka mit genau jenen Reformen begann, an denen Dubček durch die Panzer des Warschauer Paktes gescheitert war. Die Sowjetunion brach im Inneren zusammen, weil es einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der Praxis nicht geben konnte.

<sup>1</sup> Vgl. zum gesamten Beitrag: Stefan Karner / Natalja Tomilina / Alexander Tschubarjan u. a. (Hrsg.): Prager Frühling. Bd. 1: Beiträge, Bd. 2: Dokumente, Köln/Weimar/Wien 2008, sowie Stefan Karner: „Die Operation Donau“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.2008, S. 10 f.; ders.: „Der ‚Prager Frühling‘ – Moskaus Entscheid zur Invasion“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 20/2008, S. 6–12; ders.: „Der kurze Traum des ‚Prager Frühlings‘ – und Moskaus Entscheid zu seinem Ende“, in: Angelika Ebbinghaus: 1968 in Osteuropa, Hamburg 2008.